

Stand: 03.07.2025 06:25:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/3067

"Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/3067 vom 16.07.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 26 vom 18.07.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/4430 des BU vom 22.10.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 07.11.2019
5. Beschluss des Plenums 18/4738 vom 12.11.2019
6. Plenarprotokoll Nr. 32 vom 12.11.2019



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

### **Europäischen Sozialfonds abwickeln – Zentralisierung stoppen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. für den Europäischen Sozialfonds keine Mittel mehr bereitgestellt werden;
2. etwaige Fehlbeträge in Landes- und Bundeshaushalten durch den Wegfall des EU-Fonds durch Bundesmittel ausgeglichen werden;
3. noch existente Mittel nach der Programmlaufzeit bis zum Jahr 2020 im Rahmen der Abwicklung des Sozialfonds an die einzahlenden Länder zurückgeführt werden.

### **Begründung:**

Der Europäische Sozialfonds (ESF) beschäftigt sich mit Themenfeldern, die in die nationalen Kompetenzen gehören. Unter dem Deckmantel der Sozialpolitik soll eine Transferunion forciert werden, was diametral zu den Grundsätzen der EU steht.

Mit einem Budget von 120 Mrd. Euro von 2014 bis 2020 wird der Fonds in einer Größenordnung geführt, der das kumulierte Bruttoinlandsprodukt mancher Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum übersteigt.

Insbesondere durch den hohen Anteil Deutschlands an allen Ausgaben der EU ist eine solche Zentralisierung der Sozialpolitik nicht im Interesse Bayerns. Bayerische Steuer-gelder müssen zuallererst in und für Bayern verwendet werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 18/3066 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD und AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der FDP. Dieser Dringlichkeitsantrag ist angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/3067 mit 18/3069 sowie 18/3071 und 18/3094 werden in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 32** auf:

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)**  
**Umfassende Studie zur Gesundheitsversorgung in Bayern**  
**(Drs. 18/2386)**

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen deshalb gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen CSU, GRÜNE, FREIE WÄHLER, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Herr Swoboda (fraktionslos). Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 33** auf:

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Katrin Ebner-Steiner u. a. und Fraktion (AfD)**  
**Bayerns Bürger bei bestem Befinden - Woche der Prävention und Aktivität (Drs. 18/2388)**

Auch hierzu erfolgt im Einvernehmen der Fraktionen keine Aussprache. Wir können damit gleich abstimmen. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE, SPD und FDP sowie Kollege Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Kollege Swoboda (fraktionslos). Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ebner-Steiner, Maier, Löw und Fraktion (AfD) betreffend "Bedrohung durch jede Form des Extremismus ernst nehmen – Feindeslisten aller politisch und religiös extremistischen Gruppen aufklären", Drucksache 18/3093, bekannt. Mit Ja haben 20 gestimmt, mit Nein haben 161 gestimmt. Stimmenthaltungen: drei. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)**  
Drs. 18/3067

**Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**  
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 14. Sitzung am 24. September 2019 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 40. Sitzung am 22. Oktober 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - SPD: Ablehnung
  - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Tobias Gotthardt**  
Vorsitzender

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Wild. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir haben jetzt 18:04 Uhr. Damit findet die Abstimmung zum Antragspaket der FDP in der nächsten Plenarsitzung statt, weil zur Vollsitzung bis 18 Uhr eingeladen ist.

Ich gebe auch bekannt, dass die Listennummer 14 der Anlage zur Tagesordnung, der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Böhm, Prof. Dr. Hahn, Klingen und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Europäischen Sozialfonds abwickeln – Zentralisierung stoppen!", Drucksache 18/3067, gleichermaßen in der nächsten Plenarsitzung beraten und abgestimmt wird.

Damit haben wir für heute alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18:04 Uhr)



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/3067, 18/4430

**Europäischen Sozialfonds abwickeln – Zentralisierung stoppen!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Florian Siekmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Helmut Markwort

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)**

**Europäischen Sozialfonds abwickeln - Zentralisierung stoppen! (Drs. 18/3067)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ist wie folgt: für die CSU neun Minuten, für die GRÜNEN sechs Minuten, für die FREIEN WÄHLER fünf Minuten, für die AfD vier Minuten, für die SPD vier Minuten, für die FDP vier Minuten und für die Staatsregierung neun Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk können jeweils zwei Minuten sprechen. – Der erste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Böhm.

(Beifall bei der AfD)

**Martin Böhm (AfD):** Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Sozialfonds ESF ist eines der bedeutendsten Transfervehikel dieser EU; fest in den Verträgen verankert, gewiss. Aber wie wenig visionär sind Sie alle, wenn Sie es nicht einmal in Betracht ziehen wollen, andere Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen? Pacta sunt servanda. Doch wenn sich ein Vertrag beständig gegen deutsche Interessen richtet, dann darf man auch darüber nachdenken, ihn aufzukündigen oder zumindest zum Wohl des deutschen Volkes anzupassen.

(Beifall bei der AfD)

114 Milliarden Euro Fondsvolumen inklusive der Länder-Kofinanzierung im ausgehenden MFR sind genau 76 Milliarden an EU-Transfer zu viel.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deutschland ist auf Platz drei!)

Wie lächerlich sind da die kofinanzierten 600 Millionen aus dem ESF in Richtung Bayern, 600 Millionen für Arbeitsmarkt und Qualifikation? – So zumindest recherchiert vom Kollegen Rinderspacher für seine Rede im Ausschuss. Falsch, Herr Kollege Rinderspacher! Mehrere Hunderttausend Euro sind in den letzten Jahren dem Bayerischen Flüchtlingsrat als Teilprojektpartner zugeflossen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Qualifiziert wird dort meist das Geschick, Ausreisepflichtigen beim Abtauchen zu helfen!

(Beifall bei der AfD)

So werden Teile der mageren 0,4 % Transferleistung, die nach Bayern zurückfließen, auch noch gegen die Interessen unseres Freistaates verwandt. Unsere Arbeiter dürfen nicht länger für den von der EU geduldeten Ausverkauf der bayerischen Justiz schuf-ten. Wir sind einer der kräftigsten EU-Nettozahler und geben das Geld unserer Bürger auf den Altar eines Sozialfonds, der hier kaum Wirkung entfaltet. Das ist für die Volksvertreter, die kulturmarxistisch, die kollektivistisch oder die postkonservativ denken, sicher okay. Aber das, was für Sie EU-freundlich ist, das ist für uns heimatverbundene Politiker zutiefst inländerfeindlich.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in diesem Hohen Haus noch oft genug über die sozialen Nöte unserer Bürger sprechen müssen, leider. Denn neben der aufziehenden globalen Rezession sind es weite Teile von Ihnen, den Altparteien, die unsere Automobilindustrie mit abstrusem Elektrifizierungswahn in die Knie zwingen wollen, anstatt sich weltweit vor unsere Spitzentechnologie zu stellen. Die vielen Tausend gerade gekündigten Arbeiter bei den Zulieferern bedanken sich bei Ihnen dafür, dass Sie mit warmen Händen den Fonds füttern, der andernorts soziale Entwicklungen stützt.

Wir fordern den Einsatz der Staatsregierung dafür, dass keine Mittel mehr für den ESF bereitgestellt werden und der Fonds mit dem auslaufenden MFR abgewickelt wird, noch existierende Mittel an die zahlenden EU-Staaten zurückgeführt und etwaige Fehlbeträge auf Bundes- und Landeshaushaltsebene ausgeglichen werden.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wo verkaufen wir die Autos denn hin, Herr Kollege?)

– Lieber Kollege, ehrliche Solidarität im eigenen Land ist unser Gegenentwurf zu den zentralistischen Methoden des ESF. Widersetzen Sie sich gemeinsam mit uns der Agitation dieses EU-Apparates! Stimmen Sie diesem Antrag zu!

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Das Wort hatte der Abgeordnete Martin Böhm. – Ich darf den Kollegen Dr. Martin Huber von der CSU-Fraktion aufrufen. Herr Dr. Martin Huber, bitte schön.

**Dr. Martin Huber (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten vor Kurzem die Zeitumstellung; da wurde die Uhr um eine Stunde zurückgedreht. Herr Kollege Böhm, wenn ich mir anhöre, was Sie von sich gegeben haben, dann glaube ich, dass Sie das mit der Zeitumstellung ein bisschen missverstanden haben. Ihnen wäre es wohl lieber gewesen, die Zeit wäre nicht um eine Stunde, sondern um mehrere Jahrzehnte zurückgedreht worden. Sie wollen offenbar die Grundfesten der Europäischen Union und die Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, gleich mit abschaffen und zurückdrehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In Ihrem Antrag sprechen Sie vom Europäischen Sozialfonds, aber Sie meinen die Europäische Union und die europäische Idee insgesamt. Sehen wir uns zunächst einmal an, was der Europäische Sozialfonds in der Förderperiode von 2014 bis 2020 an Schwerpunkten bietet: Dies sind vor allem die Förderung nachhaltiger und hochwertiger

ger Beschäftigung und die Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte, die Förderung der sozialen Inklusion und die Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung sowie Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen.

Die Zielgruppen des Sozialfonds waren vor allem benachteiligte Menschen, Langzeitarbeitslose, aber auch Personen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge. All dieses soziale Engagement will die AfD verhindern, ja sogar unterbinden mit der Begründung, der hohe Anteil Deutschlands an allen Ausgaben der EU sei eine solche Zentralisierung der Sozialpolitik, dass sie nicht im Interesse Bayerns liegen könne. Sie liefern damit wieder einmal keine guten und nachvollziehbaren Argumente, aber ich will Ihnen dabei gern ein bisschen helfen. Warum ist die Auflösung des ESF schon rein rechtlich völlig aussichtslos und sinnlos? – Der Europäische Sozialfonds ist im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union geregelt, und würde man ihn abschaffen wollen, müsste man zunächst einmal ein Vertragsänderungsverfahren lostreten, was natürlich völlig ausgeschlossen ist.

Darüber hinaus ist die Auflösung weder politisch noch in der Sache gerechtfertigt. Weder auf der Ebene der Mitgliedstaaten, der EU-Kommission, des EU-Parlaments, des Rates noch in der Bundesregierung oder bei uns in Bayern ist eine Unterstützung für ein solches Unterfangen erkennbar. Der ESF stützt als eines der wichtigsten Investitionsinstrumente die grundlegenden Pfeiler der Europäischen Union, zum Beispiel die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Freiheit der Dienstleistungen, ohne die auch in einer globalisierten Welt wirtschaftliches Handeln, soziale Sicherheit und der Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht denkbar sind.

Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste Instrument der Europäischen Union zur Förderung der Arbeitsmärkte und der Integration in den Arbeitsmarkt. Er bekämpft Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit und ist auch ein wesentlicher Akteur im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Er trägt dazu bei, dass dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt innerhalb der Mitgliedstaaten und der EU ein

hoher Stellenwert zukommt. Er fördert eine nachhaltige Politik für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Er vermindert regionale Unterschiede. Er hat also auch für Deutschland nur Vorteile und keine Nachteile.

Dieser Fonds ist gerade kein Instrument einer Transferunion. Er ist gerade kein Instrument der Vergemeinschaftung von Schulden und Sozialausgaben. Der Fonds ist ein Instrument der Regionalförderung und der Investitionsförderung. Gerade deshalb ziehen wir als Deutschland und Bayern, also als massive Exportländer, ganz große Vorteile aus den Freiheiten des Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehrs in der Europäischen Union. Die Beiträge zur Finanzierung des ESF werden durch die Aufträge an unsere Unternehmen leicht kompensiert.

Jeder Euro, der in den ESF fließt, zahlt sich durch die Stärkung der Nachfrage in anderen EU-Mitgliedstaaten vielfach wieder aus. Der Fonds wirkt: Eurostat hat im Oktober dieses Jahres bekannt gegeben, dass der Anteil der von Armut bedrohten Personen in der Europäischen Union weiter gesunken ist. Der ESF ist seit über sechzig Jahren ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Kohäsionspolitik. Er ist als solcher unverzichtbar und wird von allen Mitgliedstaaten nachhaltig befürwortet.

Sie zeichnen stattdessen wieder einmal ein Zerrbild Europas. Als deutsche Brexitpartei zeigen Sie wieder einmal, dass Sie mit der europäischen Idee absolut nichts am Hut und den Europäischen Sozialfonds auch nicht verstanden haben. Der Europäische Sozialfonds ist Teil der Römischen Verträge von 1957. Er gehört damit zur Gründungsgeschichte der Idee Europas. Wann erkennen Sie endlich, dass Europa und in diesem Fall der Europäische Sozialfonds für uns in Bayern wichtig und richtig sind? Wann erkennen Sie das Positive?

Der ESF bringt Menschen in Arbeit. Er fördert Menschen bei der beruflichen und sozialen Integration. Der Europäische Sozialfonds investiert auch in die Zukunft Bayerns, wenn es zum Beispiel darum geht, Fachkräfte zu fördern. Dafür sind wir dankbar. Deshalb wollen wir ihn auch beibehalten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Intervention von Herrn Kollegen Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Herr Dr. Huber, zunächst möchte ich feststellen, dass Sie kein Wort über die Zentralisierung gesagt haben. Bekennen Sie sich doch dazu, dass wir nicht weiter in eine fortwährende Zentralisierung laufen sollten. Das betrifft nicht nur Europa, sondern auch Bayern. Wir haben die Tendenz einer immer weiteren Verstärkung und Zentralisierung, auch wenn die offiziellen Programme Ihrer Partei anders lauten.

Zur Zeitumstellung: Was Sie der AfD vorwerfen, ist wirklich abenteuerlich. Die Zeitrückstellung innerhalb der EU ist schon lange vor der Gründung meiner Partei eingeführt worden. Wenn Sie genau hinsehen, war meine Partei die erste, die sich gegen die Zeitumstellung ausgesprochen hat. Was sagen Sie zu dieser Verdrehung der Tatsachen?

**Dr. Martin Huber (CSU):** Sie beweisen wieder einmal, dass Sie nicht nur vernunftbefreit Politik betreiben, sondern auch spaß- und humorbefreit. Meinen Scherz zur Zeitumstellung haben Sie offensichtlich nicht verstanden. Das sehe ich Ihnen nach.

Wir als CSU machen immer wieder deutlich, wie sehr wir von Europa profitieren und wie sehr wir zu Europa stehen. Wir als CSU weisen immer wieder auf ein Europa der Regionen hin und betonen dessen föderalen Charakter. Das spricht für sich. Was Sie hier fordern, ist keine Bewegung nach vorne. Sie stehen nur dann ganz vorne, wenn es darum geht, nach hinten zu schreiten und den Blick zurückzuwerfen. Sie handeln jedenfalls nicht zukunftsgerichtet für Europa und Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Karl Freller:** Als Nächsten darf ich Herrn Kollegen Siekmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Kollege Siekmann.

**Florian Siekmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Europäische Sozialfonds, kurz ESF, hat nichts mit einer Transferunion oder überbordendem Zentralismus zu tun, wie es die AfD gerne darstellt. Mit dem ESF investiert die Europäische Union in das Wertvollste, was wir in Europa haben, in unsere Gesellschaft und in unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bereits mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 wurde der ESF mit dem Ziel geschaffen, Beschäftigungsmöglichkeiten überall in der Gemeinschaft zu fördern. Früh war einer der Schwerpunkte des ESF die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Hier leistet der ESF einen wirklich unschätzbar wertvollen Beitrag. Mit der Umsetzung der Jugendgarantie und der entsprechenden Beschäftigungsinitiative konnte seit 2014 jährlich rund 3,5 Millionen jungen Menschen in Europa ein Stellen-, Weiterbildungs-, Ausbildungs- oder Praktikumsangebot verschafft werden. Das ist kein Transfer, das ist eine Investition in die Zukunft von Millionen junger Menschen. Deswegen wollen wir diesen Fonds auch fortführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der ESF beruht auf der frühen Erkenntnis, dass in unserem gemeinsamen Markt, unserem Binnenmarkt, auch eine abgestimmte und sich gegenseitig unterstützende Arbeitsmarktpolitik notwendig ist, die vom Menschen aus denkt. Wer wie die AfD leichtfertig die Abwicklung des ESF fordert, ignoriert in bloßem Wahn, wieder einen Baustein der Europäischen Union zertrümmern zu wollen, wirtschaftliche und menschliche Realitäten. Er ignoriert wirtschaftliche Realitäten, weil er nicht erkennt oder nicht erkennen will, dass wir als Teil des europäischen Binnenmarktes und seiner unzähligen Lieferketten auch von der Arbeitsmarktsituation in anderen Mitgliedstaaten abhängig sind. Er ignoriert außerdem menschliche Realitäten, weil er nicht anerkennt, dass sich der ESF um benachteiligte junge Menschen, vor allem um solche ohne Schul- und Berufsabschluss, kümmert sowie um Langzeitarbeitslose, um Frauen, um Er-

werbstätige mit geringem Einkommen und um Personen mit Migrationshintergrund, vor allem in schwierigen Lebenslagen. Genau jenen ziehen Sie mit Ihrer Forderung, den ESF abzuwickeln, den Teppich unter den Füßen weg. Das werden wir nicht zulassen. Unser Europa ist ein soziales Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD sowie des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Was der ESF in Bayern leistet, kann ich Ihnen am besten an der Geschichte von Herrn Elmar Rachle aus Schweinfurt erklären. Der examinierte Altenpfleger konnte nach Burn-out, Arbeitslosigkeit und schwerer Krebserkrankung nicht mehr in seinen Beruf zurückkehren. Im Rahmen einer vom ESF geförderten Stelle als Bürgerarbeiter in der Bahnhofsmision Schweinfurt hat er sich den Weg zurück in den Arbeitsmarkt geebnet und arbeitet inzwischen festangestellt bei der Diakonie.

Ich könnte jetzt noch die Geschichten von Carlo Arena, Birgit Burian, Yvonne Mankel oder Miradije Sacipi erzählen. Sie alle haben sich bereit erklärt, ihr Gesicht zur Verfügung zu stellen, um zu demonstrieren, wie wichtig der ESF für den Arbeitsmarkt und für die Menschen hier in Bayern ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hat nichts mit überbordendem Zentralismus zu tun, sondern mit Investitionen in Menschen, unter Berücksichtigung persönlicher und lokaler Gegebenheiten.

Man kann den ESF in seiner letzten Förderperiode zwischen 2007 und 2013 auch ganz nüchtern analysieren. Die EU hat in dieser Phase 75 Milliarden Euro für den Fonds bereitgestellt. Was wurde damit erreicht? – Neun Millionen Arbeitslose, darunter viele Langzeitarbeitslose, haben nach der Teilnahme an einem ESF-Projekt eine Arbeitsstelle gefunden, trotz Wirtschaftskrise im selben Zeitraum, 24.000 Unternehmensgründungen wurden umgesetzt, 104.000 Unternehmensförderungen wurden bewilligt, 25,9 Millionen Menschen haben an beruflichen und schulischen Bildungspro-

grammen teilnehmen können und 7,3 Millionen junge Menschen haben an Programmen partizipiert, um einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten, 1,6 Millionen davon haben trotz Wirtschaftskrise einen festen Arbeitsplatz gefunden. – Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Genau deshalb wird der ESF auch in Zukunft für ein soziales Europa fortgeführt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Eines vorweg: Herr Böhm, wenn Sie Ihre Positionen laut in den Saal hineinschreien, macht es Ihre Anträge weder sinniger noch faktenbasierter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ansonsten kann ich den Kollegen Dr. Huber und Siekmann in vielen Bereichen zustimmen. Die Zahlen bezüglich dessen, was der ESF EU-weit, deutschlandweit und für Bayern erreicht hat, wurden genannt. Der ESF ist seit Jahren ein europäisches Erfolgsmodell, das auch bei uns funktioniert und wirkt.

Mit meinen Zahlen beziehe ich mich auf die abgeschlossene Förderperiode der Jahre 2007 bis 2013 – diese Zahlen liegen bereits vor –: 824 Millionen Euro investierte Gesamtmittel für die Menschen in Bayern, 425.000 Menschen in Bayern, die bei der beruflichen Weiterqualifizierung unterstützt wurden, zusätzlich 340.000 Menschen, die durch Beratungen in ihrer Berufsorientierung unterstützt wurden, drei Viertel aller Teilnehmenden jünger als 25 Jahre, 1.246 Projekte für die soziale Eingliederung von Langzeitarbeitslosen, 12.000 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse, 514 Projekte für lebenslanges Lernen, 37 Millionen Euro für innovative Lösungen im Arbeitsmarkt, 1.913 Projekte für einen besseren Bildungszugang und die Qualität der Bildung.

Mehr habe ich zum Antrag der AfD nicht zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD) –  
Klaus Adelt (SPD): Bravo!)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in Bayern haben wahrgenommen, was die AfD heute beantragt hat: Die AfD will den Menschen in Bayern Geld wegnehmen. Die AfD beantragt heute eine großflächige Enteignung bayerisch-europäischer Bürgerinnen und Bürger. Die AfD beantragt heute, dass künftig Gelder in Milliardenhöhe nicht mehr von Brüssel nach Bayern fließen sollen, um hier im Freistaat wertvolle Projekte und Maßnahmen zu unterstützen, um die Menschen in Bayern in ihrem Alltagsleben zu unterstützen.

Die AfD attackiert den Europäischen Sozialfonds und damit eines der wertvollsten europäischen Unterstützungssysteme für die bayerischen Regionen. Deshalb an dieser Stelle drei Richtigstellungen.

Richtigstellung Nummer eins: Bayern profitiert seit sechs Jahrzehnten vom Europäischen Sozialfonds.

(Beifall bei der SPD)

Im laufenden Förderzeitraum stehen für bayerische Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprojekte 600 Millionen Euro zur Verfügung, 298 Millionen Euro davon werden aus Mitteln des ESF finanziert. Damit steht Bayern nach Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer an zweiter Stelle der Profiteure des Europäischen Sozialfonds. Im Übrigen wurden in Bayern in der laufenden Periode alle europäischen Fördermittel des ESF vollständig abgerufen. Das ist ein Beweis für die Attraktivität des Programms.

Richtigstellung Nummer zwei: Es war von einer Zentralisierung die Rede. Herr Fraktionsvorsitzender Prof. Hahn, Sie sollten zuhören, bevor Sie solche Zwischenbemerkungen machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich höre Ihnen zu!)

Die Förderkriterien für den ESF in Bayern werden verfahrensmäßig nicht nach den Vorgaben der EU-Bürokratie festgelegt, sondern nach bayerischen Gesetzen, die wir hier im Bayerischen Landtag beschließen. Von Zentralismus kann also beim ESF überhaupt keine Rede sein, weil der ESF den Gesetzen folgt, die wir im Bayerischen Landtag beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Entweder wissen Sie es nicht, oder Sie haben die Propagandamaschine des Rechtspopulismus angeworfen. Beides ist verwerflich, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Richtigstellung Nummer drei: Mein Vorredner von der AfD hat des Weiteren wahrheitswidrig behauptet, Deutschland sei beim Sozialfonds gegenüber anderen EU-Mitgliedstaaten strukturell benachteiligt. Das Gegenteil ist richtig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Größere Mitgliedstaaten mit größerer Bevölkerungszahl erhalten höhere Fördermittel aus dem Sozialfonds als kleinere Mitgliedstaaten mit geringerer Bevölkerungszahl.

Was heißt das konkret? – In der aktuellen Förderperiode erhalten von 28 Mitgliedstaaten nur Polen und Italien mehr Gelder als Deutschland. Deutschland liegt auf Augenhöhe mit Portugal und Spanien an dritter Stelle. Und da sagen Sie, Deutschland sei strukturell benachteiligt.

Herr Böhm, auch noch einmal an Sie: Entweder Sie wissen es nicht oder Sie werfen Ihre Fake-News-Maschinerie für Ihre rechtspopulistische Klientel an. Beides hat hier im Bayerischen Landtag in Anträgen nichts verloren.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Ende. Der EU-Finanzrahmen für 2021 bis 2027 wird aktuell verhandelt. Damit mit dem ESF weiterhin Beschäftigung gefördert, soziale Inklusion, Armut und Diskriminierung bekämpft sowie in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung auch bei uns in Bayern für Kompetenzen und lebenslanges Lernen investiert werden kann, ist es sinnvoll, den ESF künftig finanziell besser auszustatten. Die Vorschriften zum Abrufen der Mittel des ESF sind zu vereinfachen und flexibler zu gestalten.

Für uns als SPD ist klar: Die Menschen auf unserem Kontinent wünschen sich ein soziales Europa. Der Europäische Sozialfonds ist mit das Wertvollste, was die Europäische Union hat. Das Allerheiligste des menschnahen und bürgerfreundlichen Europas lassen wir uns von den Rechtsaußen-Parteien, die die europäische Demokratie zerstören wollen, nicht kaputtmachen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Herr Kollege Helmut Markwort von der FDP-Fraktion.

**Helmut Markwort (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn der Antrag der AfD in diesem Haus Erfolg hätte, müssten viele bayerische Mitbürger darunter leiden. Sie könnten vom Europäischen Sozialfonds profitieren, wie schon viele seit Jahrzehnten von ihm profitiert haben.

Der Europäische Sozialfonds wurde im Jahr 1957 eingerichtet, um Unterschiede bei Wohlstand und Lebensstandard in den Mitgliedstaaten und Regionen abzubauen, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu fördern sowie Benachteiligungen auszugleichen. Jetzt möchte die AfD, dass dieses Programm im Alter von 62 Jahren in Rente geschickt wird, zu einer Zeit, in der es mehr denn je gebraucht wird.

Im aktuellen Programm 2014 bis 2020 wird eine Vielzahl von Projekten in Bayern aus dem ESF gefördert. Dies sind überwiegend Ausbildungsprogramme samt Stellenvermittlung, vor allem für Jugendliche. Ich zähle auf: Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Hand-

werkskammern, Jugendwerkstatt Regensburg, evangelische Bildungszentren, Bayerisches Rotes Kreuz, Kommunen und Landkreise, Volkshochschulen, Berufsbildungszentren, Jobcenter und zahlreiche Einzelfirmen.

In Bayern hat der Europäische Sozialfonds mehr als 400.000 Menschen geholfen. Seine Arbeit ist eine Erfolgsgeschichte und dient dem Zusammenhalt und dem Frieden in Europa.

Die FDP ist die Partei, die sich für Gleichwertigkeit und Gleichbehandlung der Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht oder Herkunft sowie für Förderung und Bildung der Jugend einsetzt. Keine andere Partei hat die Ziele Freiheit, Frieden, soziale Sicherheit und Gleichbehandlung in ähnlicher Intensität in ihrem Programm wie die FDP.

(Beifall bei der FDP)

In ihrem Programm für die Europawahl hat sich die FDP für die Fortführung des Sozialfonds ausgesprochen mit der Maßgabe, die Mittel gezielt gegen die Ursachen von Arbeitslosigkeit einzusetzen. Die AfD befindet sich mit ihrem Antrag auf einem Irrweg. Was erfolgreich im Sinne der Menschen ist, sollte man nicht abschaffen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb lehnt die FDP-Fraktion diesen Antrag ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen.

– Das sind FDP, CSU, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.